



Detailansicht des Registereintrags

Mastercard

Aktuell seit 26.05.2026 15:30:37

Mastercard Europe SA ist eine Aktiengesellschaft nach belgischem Recht und Tochtergesellschaft von Mastercard Inc., USA.

Registernummer:	R002253
Ersteintrag:	28.02.2022
Letzte Änderung:	26.05.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	25.06.2025
Tätigkeitskategorie:	Sonstiges Unternehmen
Kontaktdaten:	Adresse: Mastercard Representative Office Germany Taunusanlage 9-10 60329 Frankfurt Deutschland Telefonnummer: +496997121000 E-Mail-Adressen: PublicPolicyGermany@mastercard.com simone.wiessmeyer@mastercard.com Webseiten: https://www.mastercard.de/de-de.html https://www.mastercard.com/europe/en/home.html

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Wirtschaftliche Tätigkeit

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

500.001 bis 510.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

1,20

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Ineke Bussemaker**
Funktion: Director Mastercard Europe SA
2. **Kelly Devine**
Funktion: Director Mastercard Europe SA
3. **Jorn Lambert**
Funktion: Director Mastercard Europe SA
4. **Max Lanckriet**
Funktion: Director Mastercard Europe SA
5. **Catherine Langlais**
Funktion: Director Mastercard Europe SA
6. **Ed McLaughlin**
Funktion: Director Mastercard Europe SA
7. **Ilya Riaby**
Funktion: Director Mastercard Europe SA
8. **Giulio Rindi**
Funktion: Director Mastercard Europe SA
9. **Vivian Zhou**
Funktion: Director Mastercard Europe SA

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (6):

1. **Simone Wießmeyer**
2. **Dirk Mühlenweg**
3. **Svante Kienzle**
4. **Nikolaus Trzeschan**
5. **Thaddeus Jahn**
6. **Michael Miebach**

Mitgliedschaften (11):

1. Wirtschaftsforum der SPD e.V.
2. Wirtschaftsrat der CDU e.V.

3. Bitkom e.V.
4. Prepaid Verband Deutschland e. V.
5. Interessengemeinschaft Kreditkarten
6. European Association of Payment Service Providers for Merchants, EPSM e.V.
7. GovTech Campus Deutschland e.V.
8. Wettbewerbszentrale e.V.
9. Verband Internet Reisevertrieb e.V.
10. Deutschland zahlt digital e.V.
11. Payments Europe

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (18):

Sonstiges im Bereich "Außenpolitik und internationale Beziehungen"; EU-Gesetzgebung; Kinder- und Jugendpolitik; Cybersicherheit; Datenschutz und Informationssicherheit; Digitalisierung; Internetpolitik; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration"; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Öffentliches Recht; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung"; Sonstiges im Bereich "Staat und Verwaltung"; Bank- und Finanzwesen; E-Commerce; Handel und Dienstleistungen; Kleine und mittlere Unternehmen; Verbraucherschutz; Digitalisierung im Zahlungsverkehr

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst sowie durch die Beauftragung Dritter wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Mastercard ist ein internationales Technologieunternehmen im Zahlungsverkehr. Unser Ziel ist es, eine inklusive, digitale Wirtschaft voranzutreiben, von der alle Beteiligten weltweit profitieren. Deshalb sorgen wir dafür, dass Zahlungen sicher, einfach und smart abgewickelt und für jeden zugänglich gemacht werden. Unsere Innovationen und Lösungen basieren auf sicheren Daten und Netzwerken und helfen Einzelpersonen, Finanzinstituten, Regierungen und Unternehmen, die Bandbreite ihrer Möglichkeiten voll auszuschöpfen. Im Bereich der politischen Interessenvertretung stehen die Potentiale der Digitalisierung des Zahlungsverkehrs, des Zugangs zu Finanzdienstleistungen sowie die Nutzung von Datendiensten durch den Dialog zwischen dem Handel, den Verbrauchern, der Wirtschaft und der Politik im Vordergrund. Dazu nehmen wir an Veranstaltungen teil, fördern den Diskurs und fördern den Austausch anhand entsprechender Positionen. Wir kommunizieren regelmäßig mit Vertretern des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung, um die Interessen von Mastercard in Deutschland zu vertreten und zu fördern. Die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung erfolgt dabei durch die Mastercard Europe SA für den Mastercard-Konzern.

Konkrete Regelungsvorhaben (11)

1. Förderung gleicher Wettbewerbsbedingungen für alle Marktteilnehmer bei Einführung des digitalen Euro

Beschreibung:

Mastercard setzt sich für eine offene Infrastruktur, ein faires Kompensationsmodell sowie gleiche Wettbewerbsbedingungen („Level Playing Field“) ein.

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [\[alle RV hierzu\]](#); EU-Gesetzgebung [\[alle RV hierzu\]](#); Digitalisierung im Zahlungsverkehr

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2406140043 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.03.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [\[alle SG dorthin\]](#)

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Versendet am 14.10.2025 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [\[alle SG dorthin\]](#)

Versendet am 15.10.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [\[alle SG dorthin\]](#)

2. SG2512170045 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 27.10.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [\[alle SG dorthin\]](#)

2. Gewährleistung hoher Sicherheitsstandards, regulatorischer Klarheit und umfassender Gebührentransparenz in PSD3 und PSR

Beschreibung:

Mastercard setzt sich für die Implementierung höchster Sicherheits- und Innovationsstandards im Rahmen von PSD3 und PSR ein und bringt Empfehlungen insbesondere zu den Regeln zur starken Kundenauthentifizierung (SCA), zu Haftungsfragen

sowie zu weiteren Bestimmungen des Vorschlags ein. Dies umfasst auch die technologieoffene und risikobasierte Einordnung zunehmend automatisierter oder KI-gestützter Zahlungsvorgänge. Fragen der regulatorischen Abgrenzung im Zahlungsverkehr werden adressiert, etwa im Hinblick auf Settlement-Aktivitäten mit Stablecoins. Mastercard unterstützt die Anwendung der Regeln zu Gebührentransparenz auf das gesamte Zahlungsdienste-Ökosystem.

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [[alle RV hierzu](#)]; E-Commerce [[alle RV hierzu](#)]; EU-Gesetzgebung [[alle RV hierzu](#)]; Verbraucherschutz [[alle RV hierzu](#)]; Digitalisierung im Zahlungsverkehr

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. [SG2406140045](#) (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.03.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [[alle SG dorthin](#)]
Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [[alle SG dorthin](#)]
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [[alle SG dorthin](#)]

2. [SG2512170048](#) (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 11.11.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [[alle SG dorthin](#)]

3. **Förderung der Nutzung digitaler Identitäten und Wallets durch Integration europaweit gängiger Zahlungsmethoden**

Beschreibung:

Mastercard setzt sich dafür ein, dass bei der Umsetzung der EU Digital Identity Wallet in Deutschland europaweit gängige Zahlungsmethoden integriert werden und die Einführung auf bereits etablierte Industriestandards aufbaut. Insbesondere um den Jugendschutz zu stärken, sollten digitale Technologien im Rahmen von digitalen Identitäten und Wallets zur Altersüberprüfung eingesetzt werden.

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [[alle RV hierzu](#)]; EU-Gesetzgebung [[alle RV hierzu](#)]; Sonstiges im Bereich "Staat und Verwaltung" [[alle RV hierzu](#)]; Digitalisierung im Zahlungsverkehr

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2412240008](#) (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 23.10.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP) [alle SG dorthin]

4. Förderung flächendeckender Verfügbarkeit digitaler Bezahloptionen

Beschreibung:

Mastercard unterstützt die im Koalitionsvertrag verankerte schrittweise Einführung einer digitalen Zahlungsoption zusätzlich zu Bargeld. Dabei setzt sich Mastercard für eine verbrauchernahe Umsetzung echter Wahlfreiheit ein – basierend auf etablierten Zahlungsoptionen, insbesondere kartenbasierten Lösungen –, um die Vielfalt im Zahlungsverkehr nachhaltig zu stärken.

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Digitalisierung im Zahlungsverkehr

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2511100006 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.10.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

5. Förderung digitaler Auszahlung von Sozialleistungen und Unterstützungsleistungen mittels Bezahlkarte

Beschreibung:

Mastercard unterstützt die Förderung der Digitalisierung bei der Auszahlung staatlicher Leistungen und Zuschüsse durch digitale Technologien, wie beispielsweise mittels Bezahlkarten. Mastercard bringt technische Expertise ein und stellt Best-Practice-Beispiele bereit.

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [\[alle RV hierzu\]](#);
Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung" [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Staat und
Verwaltung" [\[alle RV hierzu\]](#)

6. **Einführung einer Kinderkarte zur Digitalisierung des Zugangs zu familienbezogenen Leistungen**

Beschreibung:

Mastercard unterstützt die Förderung der Digitalisierung bei der Auszahlung staatlicher Leistungen und Zuschüsse, beispielsweise für familien- und alltagsunterstützende Dienstleistungen, als integraler Bestandteil politischer Konzepte etwa im Rahmen der Kindergrundsicherung.

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung" [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Staat und Verwaltung" [\[alle RV hierzu\]](#)

7. **Erkennung und Abwehr von Cyberangriffen durch das Gesetz zur Stärkung der Cybersicherheit ausbauen**

Beschreibung:

Das Gesetz zur Stärkung der Cybersicherheit sieht unter anderem die Stärkung der staatlichen Cyberabwehr vor. Mastercard setzt sich im Rahmen dieses Regelungsvorhabens dafür ein, den im Gesetzentwurf angelegten Paradigmenwechsel von einer reaktiven hin zu einer proaktiven Cybersicherheitsarchitektur zu stärken und die Berücksichtigung moderner technologischer Verfahren als zentrale Instrumente der Gefahrenabwehr und Bedrohungserkennung im regulatorischen Rahmen zu verankern.

Referentenentwurf:

Gesetzesentwurf zur Stärkung der Cybersicherheit (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Datum der Veröffentlichung: 27.02.2026

Federführendes Ministerium: BMI [\[alle RV hierzu\]](#)

Betroffenes geltendes Recht:

BSIG 2025 [\[alle RV hierzu\]](#); BKAG 2018 [\[alle RV hierzu\]](#); BGSG 1994 [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Cybersicherheit [\[alle RV hierzu\]](#); Digitalisierung [\[alle RV hierzu\]](#)

8. **Förderung eines innovationsfreundlichen Rechtsrahmens beim Zugang zu Finanzdaten**

Beschreibung:

Mastercard befürwortet FIDA als innovationsorientierten Rechtsrahmen, der den Zugang zu Finanzdaten verbessert und den Wettbewerb im Finanzsektor fördert. Zentrale Anliegen sind dabei klare Definitionen, regulatorische Kohärenz zur Gewährleistung von Rechtssicherheit sowie marktgetriebene und interoperable Datenteilungsmodelle.

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [\[alle RV hierzu\]](#); Digitalisierung [\[alle RV hierzu\]](#); EU-Gesetzgebung [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2604140001 (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 09.07.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

9. Anerkennung der Nutzung von kartenbasierten Technologien zur Altersverifikation für die digitale Welt

Beschreibung:

Im Anschluss an den Beschluss des CDU-Parteitags vom Februar 2026 sowie bezugnehmend auf den Koalitionsvertrag zur Stärkung des Kinder- und Jugendschutzes wird die Einführung einer gesetzlichen Altersgrenze für die Nutzung von Social-Media-Plattformen durch Minderjährige sowie eine entsprechenden Altersverifikationspflicht für die digitale Welt diskutiert. Mastercard setzt sich im Rahmen dieses Vorhabens dafür ein, dass kartenbasierte Altersverifikationsverfahren, die auf bestehenden EU-Standards basieren, als datenschutzkonforme, sichere und praktikable Verifikationsmethode für diesbezügliche Anwendungsfälle anerkannt werden.

Interessenbereiche:

Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]; Internetpolitik [alle RV hierzu]; Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]

10. Klarstellung der regulatorischen Behandlung der Stablecoin-Abwicklung unter MiCA

Beschreibung:

Grundsätzlich setzt sich Mastercard für ein technologieutrales, risikobasiertes Regulierungsumfeld mit Förderung von Interoperabilität ein. In diesem Kontext ist eine verhältnismäßige Regulierung von Stablecoins unter der EU-Kryptowerte-Verordnung (MiCA) erforderlich. Insbesondere soll die Abwicklung von Zahlungsvorgängen mittels Stablecoins regulatorisch gleichbehandelt werden mit der herkömmlichen Abwicklung in Fiat-Währungen. Mastercard unterstützt eine Klarstellung, dass Betreiber von Abwicklungssystemen, die lediglich Abwicklungsregeln vorgeben, aber selbst keine Kryptowerte verwahren oder übertragen, keiner zusätzlichen Autorisierungspflicht unterliegen. Die regulatorische Klarheit betrifft neben MiCA auch die Schnittstelle zur geplanten EU-Zahlungsdienste-Verordnung (PSR).

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]

11. Förderung eines risikobasierten, technologieoffenen Rahmens im EU-Tech-Sovereignty-Paket (insb. CAIDA), komplementär zu Finanzmarkt-Resilienzregimen

Beschreibung:

Mastercard setzt sich dafür ein, dass das EU-Tech-Sovereignty-Paket, insbesondere der CAIDA, risikobasiert, technologieoffen und ergebnisorientiert ausgestaltet wird. Zentrale Souveränitätskriterien sollten Kontrolle, Resilienz, Auditierbarkeit sowie Wechsel- und Exit-Fähigkeit sein, nicht die Herkunft von Anbietern. Für kritische Infrastrukturen, insbesondere im Zahlungs- und Finanzmarktbereich, soll das Paket bestehende Aufsichtsrahmen ergänzen, Anbieterdiversität stärken und Konzentrationsrisiken vermeiden. Beschaffungsmechanismen sollten verhältnismäßig, anwendungsfallbezogen und ergebnisorientiert bleiben und private Betreiber in regulierten Märkten nicht indirekt beschränken. Zudem wird eine kohärente, grenzüberschreitende Umsetzung ohne Fragmentierung des Binnenmarkts angestrebt.

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [[alle RV hierzu](#)]; Cybersicherheit [[alle RV hierzu](#)]; Digitalisierung [[alle RV hierzu](#)]; EU-Gesetzgebung [[alle RV hierzu](#)]; Digitalisierung im Zahlungsverkehr

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2605260034](#) (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 26.05.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung
(BMDS) [[alle SG dorthin](#)]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

[MA-12-31-2024-10-K-as-filed-with-exhibits.pdf](#)

Eigener Verhaltenskodex

[Code-of-Conduct-Worldwide-English.pdf](#)